

# Rütner Behördenwahlen: Schwierige Kandidatensuche

Während sich beim Gemeinderat zehn Kandidaten um die neun Sitze bewerben und es also am kommenden 25. April zu Kampfahlen kommt, gibt es bei der Primarschulpflege und der evangelisch-reformierten Kirchenpflege noch freie Sitze. Den Rütner Parteien ist es trotz intensiver Suche nicht gelungen, genügend geeignete und interessierte Bewerber zu finden.

Die Parteipräsidentenkonferenz (PPK) vom vergangenen 20. Januar, an der die Vertreter der sechs Rütner Parteien die Kandidatenlisten für die Behördenwahlen vom kommenden 25. April bereinigten, endete mit einem ernüchternden Fazit: Es fehlten für mehrere Behörden noch eine ganze Reihe von Bewerbern. «Zu beissen geben uns noch die Schulpflegen», sagte der PPK-Vorsitzende Ruedi Menzi nach der Sitzung zum «Rütner». Denn bei der Primarschulpflege gab es zu jenem Zeitpunkt noch für fünf von elf Sitzen keine Kandidaten. Und bei der Oberstufenschulpflege, die aus neun Mitgliedern besteht, fehlten zwei Bewerber.

«Ein echtes Problem», so Menzi, bietet auch die evangelisch-reformierte Kirchenpflege, die wegen eines Massenrücktritts fast vollständig erneuert werden muss (der «Rütner» berichtete). Für die neun zu vergebenden Sitze konnten bis am 20. Januar erst fünf Interessenten gefunden werden. Noch zwei Sitze (von neun) offen waren zudem bei der Rechnungsprüfungskommission. Zu wenig Kandidaten gab es auch für das Wahlbüro, das im Vollbestand 40 Personen zählt.

## Zwei Bewerber für Gmür-Nachfolge

Genügend Kandidaturen lagen dagegen für die Bürgerrechtskommission (11 Sitze) und die Sozialbehörde (7 Sitze) vor. Hier werden die Wahlen still erfolgen. Ausreichend Anwärter gibt es auch für die römisch-katholische Kirchenpflege (7 Sitze). Diese werden neu von der Kirchgemeindeversammlung (am 20. April) gewählt und nicht mehr an der Urne. Sogar einen Bewerber zu viel und somit



Peter Weidinger (links) und Markus Mäder möchten gerne neu in den Gemeinderat.

Kampfahlen gibt es für den Gemeinderat, die oberste politische Behörde der Gemeinde Rütli: Für die Nachfolge der zurücktretenden Isabella Gmür (Christlichdemokratische Volkspartei, CVP) interessieren sich zwei Anwärter: Peter Weidinger von der CVP, die ihre drei Sitze verteidigen will, und Markus Mäder von der Sozialdemokratischen Partei (SP), die ihre Sitzzahl von eins auf zwei verdoppeln will. Neben Weidinger portiert die CVP Gemeindepräsident Anton Melliger und Roland Zenger erneut. Für die SP stellt sich Carmen Müller Fehlmann zur Wiederwahl.

Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), die noch im vergangenen Herbst eine dritte Kandidatur für den Gemeinderat erwog, wird jetzt nur mit ihren zwei Bisherigen Peter Luginbühl und Markus Hengartner antreten. Ebenfalls mit ihrer bisherigen Sitzzahl begnügen wollen sich die Schweizerische Volkspartei (SVP; Hanspeter Jacober und Manfred Dal Pont treten wieder an) und die Evangelische Volkspartei (EVP; Esther Kaufeld kandidiert erneut). Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) hat keinen Vertreter im Gemeinderat und bewirbt sich am 25. April auch nicht um einen Sitz in der Rütner Exekutive.

## Kandidatensuche geht weiter

Menzi entliess die Parteipräsidenten mit dem Auftrag, die Kandidatensuche fortzusetzen. Gelegenheit dazu bestand noch bis am 1. Februar, dann mussten die Bewerberlisten auf der Gemeinderatskanzlei abgegeben werden. Nach der Veröffentlichung der Wahlvorschläge im «Zürcher Oberländer», dem amtlichen Publikationsorgan, am 8. Februar lief noch eine siebentägige Nachfrist für Nachmeldungen. Am 1. Februar, dem Abgabetermin für die Kandidatenlisten, hatte sich die Situation etwas entspannt. Für die Oberstufenpflege und die Rechnungsprüfungskommission waren jetzt laut Menzi dank eines «Kraftakts» genügend Bewerber vorhanden. Für die Primarschulpflege konnte ein zusätzlicher Kandidat gefunden werden, trotzdem blieben noch fünf Sitze offen. Unverändert präsentierte sich die Lage bei der evangelisch-reformierten Kirchenpflege, wo nur fünf Anwärter vorhanden waren. Zu wenig Bewerber – nämlich nur 33 – gab es auch beim Wahlbüro. Gibt es auch nach dem Ende der Nachfrist noch unbesetzte Behördensitze, geht die Kandidatensuche weiter. Werden dann noch Anwärter gefunden, können diese – sofern nicht plötzlich eine Überzahl von Bewerbern vorhanden ist

– vom Gemeinderat in stiller Wahl in ihr Amt eingesetzt werden. Allenfalls käme es zu einer Nachwahl an der Urne am 13. Juni.

## Zeitliche Belastung schreckt ab

Die Gründe für den Kandidatenmangel sind mannigfaltig. Übereinstimmend nannten mehrere vom «Rütner» befragte Parteipräsidenten die grosse zeitliche Belastung, die ein Behördenamt verursacht, als Hauptproblem. Mit einem Pensum von 20 Prozent müsse im Minimum gerechnet werden. Die meisten Ämter erfordern regelmässig auch Präsenz tagsüber. Zahlreiche Arbeitgeber seien aber nicht bereit, ihre Angestellten dafür freizustellen, oder forderten Verrechnung mit Frei- und Ferientagen.

Ein weiteres Problem ist gemäss den Parteipräsidenten, dass Behördenarbeit oftmals keine Wertschätzung erfahre. Das zeige sich an den kleinen Entschädigungen, die dafür gewährt werden. Ein spezielles Problem ergibt sich bei den Schulpflegern. Da Pläne für deren Zusammenlegung bestehen, würden sich manche potenzielle Kandidaten fragen, warum sie sich in ein schwieriges Amt einarbeiten sollten, wenn sie in ein paar Jahren doch überflüssig werden könnten. *Martin Gollmer*